

## SP auch in Krisen beständig



Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hält ununterbrochen an und fordert täglich zahlreiche Opfer. Ein Ende ist nicht abzusehen. Gleichzeitig nehmen die geopolitischen Spannungen weltweit zu. Die ohnehin schwierige Wirtschaftslage in Europa und auch der Schweiz wird sich zusehends verschärfen. Die soziale Frage wird an Bedeutung zunehmen.

Die Corona-Krise haben wir in der Schweiz – bei aller berechtigter Kritik – dank einem handlungsfähigen und starken Staat, einem gut ausgebauten Service public, sinnvollen Regulierungen, aber auch aufgrund zehntausender Mitarbeiter:innen in systemrelevanten Betrieben und Institutionen, gemeinsam relativ gut überstanden.

Auf der politischen Bühne übernahm unsere Partei grosse Verantwortung und wurde als zuverlässige Partnerin wahrgenommen.

Auch für die kommenden herausfordernden Monate und die zunehmenden sozialen Gegensätze müssen wir als Sozialdemokrat:innen vorbereitet sein. Es gilt jetzt noch viel mehr, dass wir uns auf unsere Kernthemen konzentrieren und die richtigen politischen Antworten anbieten müssen.

Wir nehmen die Sorgen unserer Mitbürger:innen ernst. Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir gemeinsam und solidarisch mit den Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften für verbesserte Arbeitsbedingungen kämpfen. Gleichzeitig wollen wir als Partei geschlossen in den Wahlkampf 2023 starten und uns für fortschrittlichere, sozialere und ökologischere Positionen in den Parlamenten und Regierungen einsetzen.

Stefan Dietrich von Bremgarten und Nora Langmoen von Baden



# Mit Cédric Wermuth für eine soziale und ökologische Schweiz



Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohnerin.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten wir entschieden für mehr Demokratie und Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch innerhalb unserer eigenen Partei ein. Wir ringen daher immer wieder nicht nur um Ideen, sondern auch um Köpfe, die unsere Werte und Politik nach aussen vertreten. Dabei geht es auch um die Dauer der Amtsausübung.

Mit einer auf zwölf Jahre angelegten Amtszeitbeschränkung – sowohl in Bezug auf innerparteiliche Ämter – wie auch für kantonale und nationale Kandidaturen – führte die SP Aargau

auf ihrem Parteitag 2011 eine erste Schranke ein. Vorgesehen war damals aber bereits, dass eine weitere Kandidatur durchaus möglich ist, wenn die Parteibasis mit einer Zweidrittelmehrheit diese unterstützt. Diese Regelung wurde auf Antrag der Juso 2014 weiterentwickelt und an folgenden Parteitagen angepasst. Entsprechend lautet es gemäss unserer aktuellen Statuten, dass «das Nominationsgremium die Kandidat:innen mit einer Zweidrittelmehrheit erneut nominieren kann».

Als Aargauer Sozialdemokrat:innen sind wir mit Cédric Wermuth, sowohl innerhalb der SP Schweiz, als auch im Nationalrat hervorragend und stark vertreten. Cédric ist einer unserer bekanntesten und profiliertesten Politiker. Er engagiert sich seit vielen Jahren mit Herzblut für unsere Partei. Als Nationalrat in Bern setzt er sich seit nun beinahe zwölf Jahren für eine sozial gerechtere Gesellschaft für alle, für faire und gute Löhne und Ar-

beitsbedingungen, für eine soziale, demokratische und ökologische Wirtschaft ein. Er hat dabei stets die Gesamtbevölkerung im Auge. Als Co-Präsident der SP Schweiz setzt er gemeinsam mit Mattea Meyer auf nationaler Ebene wichtige politische Akzente. Trotz seines zeitintensiven und anspruchsvollen Engagements ist Cédric in unserer Partei stark verwurzelt und nahe an unserer Parteibasis. Er sucht immer wieder den Kontakt und Austausch. Die Basis ist ihm wichtig, und er ist uns wichtig. Cédric stellt sich für weitere vier Jahre als Nationalrat zur Verfügung.

Er hat unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Gemeinsam und geschlossen wollen wir einen engagierten Wahlkampf für eine sozial gerechtere und ökologische Schweiz führen.

Für alle statt für wenige.

Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und ab 30. August SP-Grossrat.

# LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
201 · Ausgabe AG · August 2022



ABSTIMMUNG VOM  
25. SEPTEMBER 2022

## Vertretungs- regelung für Parlaments- mitglieder



Politische Rechte gelten auch in der Mutterschaftszeit, bei Krankheit oder Unfall?

Vereinbarkeit von Familie und Politik und damit unser Milizparlament stärken?

Die SP Aargau sagt laut JA!

Mit der Revision der Kantonsverfassung wird die Grundlage geschaffen für eine Stellvertretung durch eine andere Person für Mitglieder des Grossen Rates bei einer längerfristigen Abwesenheit. Die Einsetzung einer Vertretung ist freiwillig. Den Gemeinden mit einem Einwohnerrat ist es freigestellt, in ihrer Gemeindeordnung ebenfalls eine Vertretungslösung vorzusehen.

Damit der Wähler:innenwille möglichst vollständig abgebildet werden kann, sollte der Rat, wenn immer möglich, in seiner Vollbesetzung entscheiden. Doch das ist wegen Mutterschaftsurlaub sowie längeren unfall- oder krankheitsbedingten Abwesenheiten nicht immer möglich; so spielt das Leben.

Ich fehlte 2 Mal 14 Wochen im Parlament, Fraktionssitzungen konnte ich während rund zwei Jahren nur selten besuchen, da ich meine beiden Kinder stillte. Läck, war das ein Hosenlupf für Papi, Oma, meine beiden Kinder und mich.

Es soll auch nicht sein, dass ein Grossratsmitglied beispielsweise aufgrund einer Chemotherapie oder eines Unfalls gezwungen ist, das Grossratsmandat aufzugeben.

Der Kanton Aargau kann hier eine Pionier:innen Rolle einnehmen, darum empfehlen Regierungsrat und Grosser Rat am 25. September die Vorlage zur Annahme.

Lea Schmidmeister von Wettingen  
ist SP-Grossrätin.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

# Gabriela Suter: Zeit für die Wende, auch im Ständerat

In gut einem Jahr wählen wir die Vertreterinnen und Vertreter unseres Kantons in den eidgenössischen Räten neu – wieder eine Gelegenheit zu zeigen, dass es noch einen anderen Aargau gibt.



Dieter Egli von Windisch ist  
Aargauer SP-Regierungsrat.

Seit vier Jahren wird der Aargau im Ständerat von zwei bürgerlichen Männern vertreten. Das wird der vielfältigen Realität in unserem Kanton in keiner Weise gerecht: Es gibt noch einen anderen Aargau.

### Ökologisch, sozial, weiblich

Ein anderer Aargau, der die Klimakrise wirklich angehen will, der die erneuerbaren Energien konsequent fördern will und auch klare Vorgaben nicht scheut, damit wir so schnell wie möglich von den fossilen Energien wegkommen. Denn das ist der einzige Weg, die Klimaziele zu erreichen.

Ein anderer Aargau, der den Aargau als Wirtschaftskanton weiterbringen will – ohne dabei aber einen attraktiven Lebensraum für die Menschen zu vernachlässigen. Deshalb sind auch soziale Anliegen wichtig: Wir wollen Menschen verschiedenster Herkunft integrieren. Sie machen unsere Gesellschaft nicht nur breiter, sondern wir können in Zeiten des Fachkräftemangels nicht auf sie verzichten.

Ein anderer Aargau schliesslich, der auch weiblich ist und offen für verschiedenste Lebens- und Familienformen. Es geht nicht an, dass die Zweiervertretung des Aargaus in Bern nur aus zwei Männern besteht.

### Unsere Frau für Bern

Der Parteitag von Mitte August hat dies erkannt – und mit grossem Applaus Gabriela Suter als Ständeratskandidatin nominiert.

Sie ist unsere Frau für den Ständerat. Sie hat in den letzten drei Jahren als Nationalrätin wichtige Themen – vor allem ökologische – mutig und mediengewandt angesprochen und sich mit grosser Sachkenntnis profiliert. Zudem hat sie jahrelange Erfahrung in der kantonalen Politik und kennt die SP und ihre Mitglieder als ehemalige Parteipräsidentin bestens.

Gabriela Suter ist aber auch eine Brückenbauerin: Sie schafft es, für wichtige Anliegen Kompromisse zu schmieden und breite Koalitionen aufzubauen. Sie hat sich innert kürzester Zeit einen Namen gemacht in der Bundespolitik – eine ideale Voraussetzung, um unseren Kanton in Bern wirkungsvoll zu vertreten!

### Es braucht uns alle

Personell sind wir also für die Wahl bestens aufgestellt. Jetzt ist es wichtig, dass wir einen geeinten Wahlkampf führen. Wir müssen den Menschen im Kanton Aargau klar machen, dass es eine links-grüne Vertretung im Ständerat braucht – und dass die sozialen und ökologischen Themen, mit denen wir in kantonalen Abstimmungen regelmässig hohe Prozentanteile erreichen, auch in Bern vertreten sein müssen.

Und vor allem muss klar sein, dass es für diesen Wahlkampf uns alle braucht. Einfach so gewinnen wir den Sitz im Ständerat, der uns zusteht, nicht. Wir müssen dafür ab sofort präsent sein, auf der Strasse und in unserer Bekanntschaft. Es braucht unser Engagement, in den Sektionen, in der Kantonalpartei und im Gespräch mit allen Aargauerinnen und Aargauern.

Wir bringen den anderen Aargau wieder in den Ständerat. Wann, wenn nicht jetzt? Der Wahlkampf hat begonnen!

# Thomas Leitch ist leider zurück- getreten

**Thomas Leitch war Grossrat von April 1997 bis Juni 2022. Nach 25 Jahren ist er aus dem Grossen Rat zurückgetreten.**



Lieber Thomas

Als wir im April 1997 als Ratsmitglieder vereidigt wurden, zählte die SP zu den Wahlsiegerinnen und bildete mit 48 von 200 Grossrätinnen und Grossräten die stärkste Fraktion.

Als Co-Präsidium der SP Aargau waren wir stolz auf diesen Erfolg. Besonders freute uns, dass wir nun beide im Parlament vertreten waren, weil wir dadurch die Parteiführung effektiver gestalten konnten. Niemand erahnte damals, dass ich 25 Jahre später die Ehre haben würde, deine Arbeit als Grossrat im links zu würdigen.

Am 28. Juni bist du aus deinem Amt zurückgetreten, obwohl deine Freude am Politisieren ungebrochen ist. Vieles hast du in den sechs vergangenen Amtsperioden miterlebt: die Verkleinerung des Parlaments auf 140 Mitglieder, die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und die Reduktion der Grossratssitzungen trotz komplexer Geschäfte. Was dich aber am meisten beschäftigte und was du als Tiefpunkte in deiner politischen Arbeit bezeichnest, waren die im Rat erfolglos bekämpften Beschlüsse zu diversen Sparmassnahmen. Getarnt mit Bezeichnungen wie «Leistungsanalyse», «Entlastungsmassnahmen», «Stipendien-gesetz» und «Steuergesetzrevision» waren sie alle nichts anderes als Abbauprogramme im Sinne rechtsbürgerlicher Politik. Dass du unermüdlich weiterkämpfst und trotz Enttäuschungen an fast jeder der 952 Grossratssitzungen und an ebenso vielen Kommissi-

onssitzungen mitgewirkt hast, zeichnet dich aus! Dein Engagement galt insbesondere der Bildung und der Kultur.

Du hast dich für die Erweiterung von Lehrstellenangeboten, für die Sicherung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, aber auch für Präventionsmassnahmen im Bereich der Suchtmittel eingesetzt. Als Mitglied der Fachhochschulkommission hast du die Zusammenführung der verschiedenen Standorte zur Fachhochschule Nordwestschweiz begleitet. In der Bildungskommission hast du dich gegen die Schliessung der Lehramtsschule gewehrt und erreicht, dass die Kuratoriumskredite für Kultur dem Bevölkerungswachstum angepasst werden. Da dir Kultur besonders am Herzen liegt, hast du die interfraktionelle Kulturgruppe wieder zum Leben erweckt. Diese kann zwar keine Entscheide fällen, aber das Verständnis für Kultur innerhalb der Gruppe verändert Entscheide im Grossen Rat. Und erst unlängst hast du in einem Vorstoss verlangt, dass Rechtsgrundlagen für Tagesschulen geschaffen werden.

Wer dich kennt, weiss, dass du die Kommissionsarbeit am meisten geliebt hast, die sachlichen Auseinandersetzungen, das Ringen um Lösungen und oftmals auch um Kompromisse. Du liebst die Menschen in ihren Unterschieden, den respektvollen Umgang und du schätztest, dass die Zusammenarbeit in der Fraktion und mit dem Sekretariat stets unterstützend war.

Nun machst du deinem Nachfolger, dem Co-Präsidenten der SP Aargau, Stefan Dietrich von Bremgarten, Platz. Ereignisse wiederholen sich, aber das, was du geleistet hast, macht dir so schnell niemand nach!

Lieber Thomas, wir alle danken dir von Herzen und wir wünschen dir und Heidi viele gemeinsame freie, sonnige Dienstage!



Barbara Kunz-Egloff von Brittnau ist Präsidentin der SP Bezirk Zofingen. Sie war von 1993 bis 2000 SP-Grossrätin und von 1996 bis 2002 Parteipräsidentin.

## KOMMENTAR



## David Burgherr ist zurückgetreten

Lieber Dave

Nein, wir lassen dich nicht gerne ziehen. Seit 2017 warst du Mitglied des Grossen Rates und somit der SP-Fraktion. Du hast grosse Arbeit geleistet in der KAPF (Kommission für Aufgaben und Finanzen), allein schon, weil diese Kommission viel zu tun gibt. Es wird dir attestiert, dass du gemerkt hast, wenn etwas nicht stimmte und ein kritisches Auge auf die Geschäfte hattest. In der Fraktion erlebten wir dich als pragmatischen, hilfsbereiten Kollegen. Für andere nahmst du dir immer Zeit und dein pointierter, trockener Humor konnte uns so manches Grinsen entlocken. Deine kurzen Voten waren legendär. Immer wieder ist es dir geglückt, deine Gegnerschaft so zu zerpfücken. Die Showbühne musstest du nicht haben. Vielmehr warst und bist du ein schneller Schaffer und Denker. Von deinem Netzwerk durften wir ebenso profitieren wie von deiner Kreativität und deinem Ideenreichtum. Es war dir immer ein grosses Anliegen, dass das Zurzibiet und die Randregionen nicht vergessen gehen. Die Zurzibieter waren sich dessen nicht bewusst, als sie dich nicht in den Gemeinderat wählten. Eine verpasste Chance.

Du verlässt uns, weil du mit deinem Beruf ausgelastet bist, aber auch, weil die Arbeit im Grossen Rat nicht mehr ganz deinem Wesen entsprach. Der Dauerwahlkampf, wie du es dem Tagblatt sagtest, behagte dir nicht. Du, lieber Dave, wolltest lieber Teil einer Lösung und nicht Teil einer Front sein.

Im Namen der SP danke ich dir für deinen grossartigen Einsatz zum Wohle aller statt weniger. Für deine Zukunft wünsche ich dir nur das Beste.

Colette Basler von Zeihen ist SP-Co-Fraktionspräsidentin im Grossen Rat.

# Verfassungswidrige Energiepolitik der Kantonsregierung

**Die Folgen des Ukrainekriegs lassen uns auch energiepolitisch erzittern. Plötzlich wird der Blackout schon im kommenden Winter eine wahrscheinliche Option – nicht erst im Jahr 2025! Die SVP schießt direkt auf Simonetta Sommaruga – mit unhaltbaren Vorwürfen, aber mit Absicht. Denn die Verantwortung für die Energieversorgung liegt alleine bei den Kantonen. Aber diese tun so, als wüssten sie von nichts. Der Service Public-Auftrag zur Energieversorgung der Kantone wird seit Jahren verschwiegen – sehr zum Schaden der Umwelt und bald auch der Bevölkerung, vorab der wirtschaftlich Schwachen. Viel lieber sprach man von der Strommarktliberalisierung.**



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau.

Stromknappheit mit regionalen Abschaltungen ist das wahrscheinlichste Szenario für diesen Winter. Bis im Februar 2022 rechneten alle damit, dass der Strom «erst» ab 2025 knapp werden wird, weil dann die letzten AKWs in Deutschland vom Netz gehen werden. Aber seit Putins Überfall auf die Ukraine und dem drohenden Gasembargo durch Russland wird Strom aus deutschen Gaskraftwerken wohl sehr knapp werden. Der europaweit gesteigerte Strombedarf und der aktuelle Ausfall von 26 AKW in Frankreich tragen das Ihre dazu bei, dass der Strom dann, wenn die Schweizer auf den Import zwingend angewiesen sind, wohl sehr knapp und darum auch sehr teuer werden wird. Dieser europäischen Perspektive sind die 101 Stromversorgungsunternehmen im Aar-

gau ausgeliefert, weil sie zusammen jährlich 4000 GWh Strom (80 Prozent) einkaufen müssen. Wird der Strom knapp, gehen die internationalen Strompreise schnell rauf, die Lichter aus und die Preise durch die Decke.

## Die Energieversorgung der Bevölkerung ist eine kantonale Aufgabe

Aber niemand will das wissen. Die Kantonsverfassungen halten klar fest, dass der Staat dafür sorgen muss, dass die Bevölkerung ausreichend mit Energie versorgt wird, dass diese umweltgerecht und wirtschaftlich erzeugt wird und dass sie sparsam verwendet werden muss.

Im Aargau kann der Kanton sogar Versorgungsbetriebe errichten oder sich daran beteiligen. Doch von dem ist im Kanton Aargau nichts zu spüren und zu lesen. Dabei wäre genau das seit Jahren dringend. Und die Politiker:innen wissen es nicht mal – sie scheinen die Verfassung auch nicht sonderlich zu kennen. Im kantonalen Energiegesetz (2012) sind keine Instrumente, um die Versorgung konkret zu realisieren. Über den verpflichtenden Versorgungsauftrag wird

nirgends gesprochen. Dass die Regierung seit Jahren unterliess, für den Ausbau der neuen erneuerbaren Energien zu sorgen, wurde in der Vergangenheit nur von der SP und den Grünen angeprangert.

## Und die Kantonsregierung macht: NICHTS!

Die bürgerliche Antwort lautete stets, dass wir nur die Rahmenbedingungen ändern müssten, dann würde es der Markt schon richten. Und es liege es an jedem Einzelnen, zu sparen oder Solaranlagen auf seinem Dach zu installieren. Eigenverantwortung wurde gepredigt, die Subventionen kurz und die Rücklieferatarife tief gehalten. So blieb im Aargau der Zubau an Photovoltaik weit hinter den sehr moderaten Zielen des Kantons zurück. Bis 2020 wurden gerade mal 6 Prozent des PV-Potentials auf den Dächern des Kantons realisiert. Das kantonseigene AEW ist noch weiter im Hintertreffen: Es produziert gerade mal 2 Prozent des Stroms, den es verkauft, in eigenen PV-Anlagen. Die ENIWA (im Besitz der Stadt Aarau) liegt noch weiter hinten. Ihr PV-Anteil aus eigenen Anlagen beträgt 0,4 Prozent! Neben den fehlenden Zubauten bei der PV-Energie hat der Kanton (und die 220 Gemeinden) kein ernsthaftes Programm gestartet, um die Stromeffizienz deutlich zu steigern. Obwohl jede eingesparte kWh in Zeiten der Knappheit sehr viel wert ist. Dabei wissen wir dank einer Studie des Bundesamts für Energie (BFE), dass das Einsparpotential durch intelligente Nutzung (Nicht Verzicht!) bei rund 28 Prozent liegt. Für den Kanton Aargau bedeutet dies, dass hier eine «verdeckte Quelle» von rund 1400 GWh/Jahr freigelegt werden könnte. Nur ein solches Programm ist nicht einmal angedacht. Dabei macht die BFE-Studie Mut, in dem sie herausgefunden hat, dass 3 Prozent sehr einfach und schnell realisiert werden könnten. Damit verletzt die Regierung sowohl die Kantonsverfassung wie auch das Energiegesetz. Offenbar ist für die Regierung der Verfassungsauftrag zur Stromversorgung rein deklamatorisch zu verstehen. Wenn es denn zum Blackout in einzelnen Regionen kommen sollte, sind ja andere, vorab Simonetta Sommaruga und der Bundesrat, verantwortlich. Dumm nur, dass die Bundesverfassung und die Aargauer Verfassung eine ganz andere Verantwortlichkeitspyramide definiert haben. Doch die Frage bleibt: wird das überhaupt jemand merken? Wir sind gespannt.

ABSTIMMUNG VOM 25. SEPTEMBER 2022

# Nein zur unsozialen AHV-Reform!

**Ja, es besteht ein Reformbedarf in der ersten Säule, aber so geht's nicht! Frauen sollen den Preis zahlen, um die AHV zehn Jahre über Wasser zu halten, obwohl die soziale Absicherung der Frauen nach wie vor ungenügend ist. Dank dem Referendum von SP und Gewerkschaften kann die Bevölkerung der unsozialen AHV-Reform und auch der Zusatzfinanzierung am 25. September 2022 eine Abfuhr erteilen.**



Yvonne Feri von Wettingen  
ist SP-Nationalrätin.

Im Juli 1947 hatte sich das Schweizer Stimmvolk mit einer überwältigenden Mehrheit von 79,3 Prozent für das AHV-Gesetz (AHVG) ausgesprochen. Solidarisch finanzierte Renten sollten fortan den Existenzbedarf älterer Menschen angemessen decken und ihnen so nach vielen Jahren Arbeit ein Alter in Würde garantieren. Seit Inkrafttreten des AHVG verändern sich die Lebens- und Arbeitsformen der Menschen kontinuierlich, und das AHV-Gesetz müsste in regelmässigen Zeitabständen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Doch seit zwanzig Jahren gelingt keine solche Anpassung mehr, denn Bürgerliche versuchen, die längst fällige Reform für einen Sozialabbau zu nutzen. Das darf nicht toleriert werden!

Auch die aktuelle AHV-Reform ist unsozial und muss deshalb am 25. September 2022 an der Urne versenkt werden. Sie umfasst primär folgende drei Punkte:

- Flexibilisierung des Pensionierungsalters (63 bis 70 Jahre),
- Erhöhung des Rentenalters für Frauen verbunden mit Ausgleichsmassnahmen für Frauen ab 55 Jahren sowie
- Zusatzfinanzierung dank Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Mit der Flexibilisierung des Altersrücktritts sollen Versicherte die Möglichkeit erhalten, ihre AHV-Rente zu verbessern, indem sie länger als bis 65 arbeiten. Menschen, die unbezahlte Care-Arbeit geleistet haben, und Menschen, die etwa in der Reinigung, im Detailhandel oder in der Gastronomie ein Leben lang hart gearbeitet und wenig verdient haben, sollen also weiter schufteten, weil kein politischer Wille besteht, auch für sie ein existenzsicherndes Rentensystem zu schaffen?

Die Hauptlast der Reform sollen die Frauen tragen, indem ihr Rentenalter an dasjenige der Männer angeglichen wird. Dass Frauen nach wie vor ein Drittel weniger Rente als Männer erhalten und Altersarmut in der Schweiz weiblich ist, wird bei diesem Vorschlag ignoriert. Die Erhöhung des Frauenrentenalters als Gleichstellungsmassnahme zu verkaufen, ist unglaublich, wenn die soziale Absicherung von Frauen im Alter nach wie vor viel schlechter ist als diejenige von Männern.

Für die Stabilisierung der AHV braucht es in der Tat zusätzliche Einnahmequellen. Doch die Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer ist unsozial, denn sie trifft Menschen mit weniger Geld besonders hart. Die Schweiz als reiches Land kann sich eine soziale und existenzsichernde erste Säule leisten. Dazu braucht es eine AHV-Reform, die unser wichtigstes Sozialwerk stärkt und nicht schrittweise demontiert.

Die aktuelle Vorlage wird diesem Anspruch nicht gerecht, und deshalb gilt es, am **25. September 2022** zweimal ein Nein in die Urne zu legen: **Nein zur AHV-Stabilisierung** und **Nein zur AHV-Zusatzfinanzierung**.

## KOMMENTAR



## Raus aus der Massentierhaltung!

Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Alle Nutztiere sollen artgerecht gehalten werden und Weide oder Auslauf haben. Denn auf einigen Schweizer Landwirtschaftsbetrieben sieht es nicht so idyllisch aus, wie es uns die Werbung vorgaukelt. Nur jedes achte Nutztier kann regelmässig ins Freie. Im Ausland herrschen zwar oft noch schlechtere Bedingungen. Aber das ist kein Grund, um die Probleme hier in der Schweiz nicht anzupacken! Unser Tierschutzgesetz lässt es zu, 18 000 Legehennen, 27 000 Mastpoulets oder 1 500 Mastschweine in fabrikähnlichen Hallen auf wenig Platz zu halten. Dieser Missstand muss beseitigt werden! Gemäss Bundesrat sind nur etwa 3000 Betriebe – 5 Prozent aller Schweizer Landwirtschaftsbetriebe – von der Initiative betroffen. Die lange Übergangsfrist von 25 Jahren gibt diesen Betrieben die nötige Zeit, um die Transformation anzugehen.

Damit der Schweizer Markt nicht mit billigem Importfleisch aus Massentierhaltung überschwemmt wird, müssen auch Importe den neuen Schweizer Standards entsprechen. Damit hilft die Initiative den Bäuerinnen und Bauern, denn diese sind heute einem enormen Druck durch den Markt ausgesetzt. Importvorschriften und -verbote sind WTO-konform, wenn die importierten Produkte nicht mit den moralischen Werten eines Landes vereinbar sind.

Es geht um die Würde der Tiere. Die Tierwürde umfasst das Recht, nicht in Massentierhaltung eingepfercht zu leben. Alle Nutztiere haben das Recht darauf, Auslauf und Weidegang zu haben und die Sonne zu sehen – deshalb Ja zur Initiative!

Gabriela Suter ist SP-Nationalrätin.  
Sie kandidiert 2023 für den Ständerat.

## KITA INITIATIVE

**Nächste Etappe in der Gleichstellung**

Frauenstimmrecht, Eherecht, Gleichstellungsgesetz und Mutterschaftsversicherung sind Meilensteine der letzten 100 Jahre. Die nächste Etappe in der Gleichstellung ist die öffentliche Kinderbetreuung für alle!

«Der Kanton verfügt über zeitgemässe familien- und schulergänzende Betreuungsangebote», steht im Entwicklungsleitbild 2021-2030 des Kantons Aargau. Davon sind wir weit entfernt!

Die Kita-Initiative bringt den rechts-konservativen Aargau betreffend Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich einen Schritt weiter. Noch heute reduzieren vorwiegend Frauen das Pensum für die Kinderbetreuung. Die Folge davon: tiefere Löhne und Renten.

Zudem braucht es die Eltern: Der Fachkräftemangel ist überall spürbar. Klassen stehen ohne Lehrer\*innen da, Beizen müssen früher schliessen und im Gesundheitswesen herrscht Notstand.

Die Initiative fordert bedarfsorientierte Angebote in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das ist wichtig für die Entwicklung der Kinder und schafft Chancengerechtigkeit. Und: Die familienergänzende Care-Arbeit muss endlich anerkannt werden. Die Arbeitsbedingungen müssen dringend besser werden. Damit sich mehr Menschen zu Fachpersonen Betreuung ausbilden lassen und dann vor allem auch im Beruf bleiben.

Denn, obwohl Studien zeigen, dass pro investierten Franken in der Kinderbetreuung ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen von mindestens Fr. 1.70 bis Fr. 2.20 ausgelöst wird, beteiligten sich Bund und Kanton bislang nicht an den Kosten. Darum jetzt die Kita-Initiative unterschreiben!

Luzia Capanni von Windisch ist SP-Einwohnerrätin und SP-Grossrätin.

## ABSTIMMUNG VOM 25. SEPTEMBER

# Türen auf für Steuerhinterziehungen?

**Am 25. September stimmen wir über die Abschaffung der Verrechnungssteuer ab. Was wie üblich mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit verkauft wird, ist nichts anderes als die Schaffung neuer Sonderrechte für wenige Grosskonzerne und eine Einladung zur Steuerhinterziehung. Nein danke!**



Carol Demarmels von Kirchdorf ist SP-Einwohner- und Grossrätin.

Der Begriff der Verrechnungssteuer ist wenig geläufig. Analog der Stempelsteuer interessierte kaum jemand, was es damit auf sich hat, bevor wir darüber abstimmen durften. Deshalb ganz von vorne: Die Verrechnungssteuer ist eine Geldsumme, die als Sicherheit hinterlegt wird. Der Bund erhebt auf den Ertrag von Kapitalvermögen (so auf Zinsen von Sparkapitalien und auf Dividenden) eine Steuer von 35 Prozent. Diese bezahlt die Bank bei der Zinsausschüttung direkt dem Bund. Die Verrechnungssteuer kann später wieder zurückgefordert werden, sobald das entsprechende Kapital und dessen Ertrag korrekt versteuert wurde. Die Verrechnungssteuer stellt also sicher, dass Kapital und Kapitalerträge wahrheitsgemäss deklariert und versteuert werden. Andernfalls erhält man die Verrechnungssteuer nicht zurück.

## Wie üblich: nur wenige Grosskonzerne und Grossanleger:innen profitieren

Von der Verrechnungssteuer sind mit wenigen Ausnahmen alle Kapitalerträge betroffen. Abgeschafft werden sollen sie jetzt aber nur für Grossanleger und Konzerne. Wenn uns die vergangenen Bundesbeschlüsse etwas gelehrt haben, dann ist es das: Bei Steuererleichterungen geht es stets um die Steuern für Grossunternehmen und die Reichen. So ist es auch hier. Die Verrechnungssteuer für die kleinen Sparer:innen soll bleiben. Ganz entsprechend dem stetig verfolgten

bürgerlichen Plan «Vorwiegend sollen Einkommen und Konsum besteuert werden» (Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements 2020).

Als weiteres Steuergeschenk sollen mit der Vorlage die Umsatzabgaben für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere wegfallen. Wieder profitieren nur wenige: Es sind rund 200 Unternehmen. Was wie immer mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit verkauft wird, ist nichts anderes als die Schaffung neuer Sonderrechte für wenige Grosskonzerne und eine Einladung zur Steuerkriminalität. Und dies ohne jeglichen ausgewiesenen Bedarf. Volkswirtschaftlich ist kein Nutzen zu erwarten.

## Hunderte Millionen Franken fliessen direkt ins Ausland

Welche Ausfälle dadurch entstehen, ist unklar. Mehrfach hat das Finanzdepartement die entsprechenden Zahlen nach oben korrigiert. Sicher ist: Hunderte Millionen Franken fliessen jährlich direkt ins Ausland ab. Hinzu kommt ein einmaliger Steuerausfall von 1 Milliarde Franken. Dies, weil nach der Abschaffung zunächst noch mehrere Jahre die Verrechnungssteuern für deklarierte Zins-einkünfte zurückgefordert werden können, während es keine neuen Einnahmen gibt.

Begleichen werden wir alle diese Ausfälle durch Steuererhöhungen oder Leistungsabbau. Bereits bei der Abstimmung zur Stempelsteuer hat sich gezeigt: die Bevölkerung ist nicht mehr bereit, weitere Steuergeschenke für wenige Grosskonzerne und Reiche zu finanzieren. Also bringen wir auch diesen erneuten Versuch zum Scheitern: mit einem NEIN zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!

# Kaufkraft stärken

Die Kaufkraft der Schweizer Bevölkerung gerät immer stärker unter Druck. Für September wird ein Prämienschok erwartet: Über 10 Prozent sollen die Krankenkassenprämien steigen. Zudem führt der Krieg in der Ukraine zu steigenden Erdgas-, Erdöl- und Strompreisen, und die Inflation nimmt zu.



Gabriela Suter ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert 2023 für den Ständerat.

Die Teuerung lag im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat bei 3,4 Prozent. Währenddessen stagnieren die Löhne und Renten seit Jahren. 2023 droht deshalb ein massiver Verlust der Kaufkraft. Diese ist aber Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung – etwa 60 Prozent der Wirtschaftsleistung stammt aus dem Konsum. Der Schutz der inländischen Kaufkraft ist für die Unternehmen und die Bevölkerung deshalb absolut zentral.

Der Verlust der Kaufkraft trifft uns alle, aber die Schwächsten am stärksten. Für die SP ist klar: Die Arbeitgeber:innen müssen ihren Arbeitnehmenden den vollen Teuerungsausgleich gewähren, wie es die Gewerkschaften fordern. Zudem braucht es eine gezielte Entlastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Im Parlament haben wir Massnahmen aufgelegt, um die Kaufkraft der Menschen gezielt zu stärken:

Angesichts der drohenden massiven Erhöhung der Krankenkassenprämien soll der Bundesbeitrag an die Prämienverbilligungen für 2023 um 30 Prozent aufgestockt werden. Das entspricht einer Erhöhung um 800 bis 900 Millionen Franken. Den Rentnerinnen und Rentnern sowie Bezüger:innen von IV, Ergänzungs- und Überbrückungsleistungen soll bis spätestens Anfang 2023 die volle

Teuerung ausgeglichen werden. Zudem sollen die Renten in Zukunft regelmässig erhöht werden, wenn die Jahresteuern über 2 Prozent liegt. Es ist erfreulich, dass wir für diese Anliegen eine Mitte-links-Allianz eingehen konnten.

Sofern die Teuerung für die wichtigsten Konsumgüter in den nächsten Monaten weiter stark ansteigt, braucht es flächendeckendere Schutzmassnahmen. Für das Szenario, dass die Teuerung über 5 Prozent steigt, soll ein «chèque fédéral» eingeführt werden. 80 Prozent der Bevölkerung sollen einen einmaligen Zuschuss von 230 Franken erhalten (Kind 130 Franken).

Wenn Öl und Gas sich verteuern, zeigt sich das direkt in den Heizkosten. Während Hauseigentümer:innen von staatlichen Fördergeldern profitieren können, um auf erneuerbare Heizungssysteme zu wechseln, können Mieterinnen und Mieter nicht von sich aus auf eine ökologische Heizung wechseln. Gerade für Personen ohne hohe Einkommen können die steigenden Nebenkosten zu einer grossen Belastung werden. Deshalb sollen alle Schweizer Miethaushalte gegen Erdöl- und Gaspreise versichert werden, wenn die Heizkosten um mehr als 30 Prozent steigen. Als Referenzgrösse sollen die Heizkosten der drei vorherigen Jahre dienen.

Die aktuelle Situation zeigt einmal mehr, dass wir uns so schnell wie möglich aus der Abhängigkeit von (russischem) Öl und Erdgas befreien und die Energiewende vorantreiben müssen – nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch, um die Bevölkerung vor den stark steigenden Energiepreisen zu schützen.

## KOMMENTAR



### RÜCKERSTATTUNG VON SOZIALHILFESCHULDEN

## Endlich Klarheit!

Der Regierungsrat hat entschieden, die revidierten SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS) zu übernehmen. Damit wird auch festgelegt, dass Sozialhilfeschulden nicht mehr aus Freizügigkeitsleistungen zurückgefordert werden dürfen. Dieser Entscheid hebt den bestehenden Widerspruch auf zwischen der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts des Kantons Aargau, die eine Rückerstattung vorsieht, und einem Bundesgerichtsentcheid, der solchen Forderungen Grenzen setzt.

Der Entscheid war dringend nötig und ist zu begrüssen: Es braucht eine einheitliche Regelung in allen Gemeinden des Kantons sowie klare Vorgaben. Nicht nur für die Betroffenen, auch für Sozialarbeitende und Gemeinden.

Als Stadträtin und Präsidentin der Sozialkommission von Baden bin ich froh über diesen Entscheid. Trotzdem bleiben bei mir Fragen offen und Zweifel am System bestehen: Wann soll ein Freizügigkeitsguthaben denn überhaupt bezogen werden können? Die Guthaben in der beruflichen Vorsorge sollen als Ergänzung zu den AHV-Leistungen die Existenzsicherung im Alter garantieren. Immer öfters erlebe ich in meiner Arbeit Menschen, die vor ihrer Pensionierung ihr Guthaben oder einen Teil davon beziehen, um eine Selbstständigkeit zu gründen oder um auszuwandern. In diesem Fall ist das Risiko beträchtlich, dass das ausgelöste Guthaben bald schon nicht mehr vorhanden ist und dass die betroffenen Personen (bei Rückkehr in die Schweiz) kein Vermögen mehr haben und bis zur Pensionierung mit Sozialhilfe und danach mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden müssen. Meines Erachtens muss auf nationaler Ebene überprüft werden, ob die aktuell geltenden Regelungen angepasst werden müssen.

Regula Dell'Anno-Doppler von Baden ist SP-Stadträtin und SP-Grossrätin.

# Im Schatten des Ukraine-Krieges

**An der ungarisch-serbischen Grenze spitzt sich die Lage besorgniserregend zu. Seit Ende Februar führt Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Millionen Menschen mussten ihre Städte und Dörfer verlassen und suchen mehrheitlich im eigenen Land oder den Nachbarstaaten Schutz und Sicherheit. Mehr als 3,5 Millionen Geflüchtete wurden registriert. Die meisten befinden sich in Polen. Die Solidarität und Hilfsbereitschaft sind nach wie vor sehr gross.**



Stefan Dietrich von Bremgarten ist CO-Präsident der SP Aargau und ab 30. August 2020 SP-Grossrat.

## Zunahme der Migration auf der Balkanroute

Im Schatten des Ukraine-Krieges versuchen immer mehr Menschen über die Balkanroute(n) Mitteleuropa zu erreichen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex vermeldete für den Zeitraum Januar bis Juni 2022 55 321 illegale Grenzübertritte und somit einen Anstieg von 191 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Seit 2018 lag der Fokus auf dem Grenzgebiet zwischen Kroatien (EU) und Bosnien-Herzegowina. Menschenrechtsorganisationen, Medien und

Helfer:innen berichteten immer wieder über gewaltsame Rückführungen und Misshandlungen in den Grenzregionen. In den letzten Jahren haben sich die Migrationsrouten immer wieder verändert. Erneut versuchen viele an der serbisch-ungarischen Grenze, Ungarn und somit die Europäische Union zu erreichen. In Serbien wird seitens der Behörden von einer Verdoppelung der Flüchtlingszahlen gesprochen. Die Mehrheit der Menschen stammt aus Afghanistan, Syrien, Pakistan, Indien und verschiedenen afrikanischen Staaten. Die steigenden Zahlen werden mit dem Ukraine-Krieg und der Aufhebung der Corona-Restriktionen in Verbindung gebracht. Gleichzeitig nehmen sogenannte «Pushbacks» stark zu.

Insbesondere die Grenzregion um die Grossstadt Subotica (Szabadka) wird – wie schon 2015 – zur Anlaufstelle für Geflüchtete

und Migrant:innen. Bereits seit einigen Monaten sind die staatlichen Aufnahmezentren im Norden Serbiens überfüllt und die nicht sehr grossen Kapazitäten erschöpft. Viele Menschen befinden sich ausserhalb der Zentren. Gleichzeitig sind die Lager in Südserbien halbleer. Das Flüchtlingskommissariat Serbiens versucht die Menschen umzuleiten. Vergeblich, da alle nach Norden weiter wollen.

## Spannungen & Zwischenfälle im Grenzland

In den letzten Wochen kam es zu Spannungen und Gewalt unter verschiedenen Migrant:innengruppen. Im Juli wurden zahlreiche Migrant:innen verletzt und ein junger Mann getötet. Bei einem Polizeieinsatz wurden Waffen und Munition sichergestellt. In der lokalen Bevölkerung wachsen Furcht und Ablehnung gegenüber Migrant:innen. Medien berichteten ebenfalls über Gewalt und Misshandlungen seitens der Sicherheitskräfte. Die Spannungen in der Region nehmen weiter zu.

## Europäische Flüchtlingspolitik

Eine der vielen Folgen des Ukraine-Krieges wird sein, dass sich immer mehr Menschen auf den Weg nach Europa machen werden. Zunehmender Hunger und Not, aber auch Inflation und Rezession, wie auch die Auswirkungen der Klimakrise zwingen viele, ihre Heimat zu verlassen. An den ungarischen Aussengrenzen zur Ukraine und zu Serbien spiegelt sich das Dilemma der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik. Zu Recht kann man hier von doppelten Standards und willkürlichen Auslegung der Menschenrechte sprechen. Als Sozialdemokrat:innen müssen wir uns mit Nachdruck für eine koordinierte, solidarische und faire Flüchtlings- und Migrationspolitik einsetzen. Dies gilt sowohl international wie auch national und in unseren Kantonen.

## AGENDA

24. August, 19–21 Uhr, Online via Zoom

**Bildungsreihe: Petitionen – auf die Strasse in die Köpfe**

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch  
Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066  
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 2. August 2022  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5. September 2022  
Erscheinen nächste Nummer: 30. September 2022

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Colette Basler, Luzia Capanni, Carol Demarmels, Regula Dell'Anno, Stefan Dietrich, Dieter Egli, Yvonne Feri, Leo Keller, Barbara Kunz-Egloff, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Lea Schmidmeister, Gabriela Suter.

## ABSTIMMUNGEN VOM 25. SEPTEMBER 2022

### Bund:

- Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»: **JA**
- Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer: **NEIN**
- Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21): **NEIN**
- Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts): **NEIN**

### Kanton:

- Verfassung des Kantons Aargau (Vertretungsregelung für Parlamentsmitglieder); Änderung vom 18. Januar 2022: **Ja**